

Die "Wolkswacht" erscheint täglich Nachmittags um 5 Uhr in der Hauptstadt Breslau, am Markt 11. Preis vierteljährlich 1.00, halbjährlich 1.80, pro Woche 20 Pf. Postgebühren 10 Pf.

# Wolkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgeld für die rückgängige Kündigung über einen Monat 50 Pfennige, für den Monat 10 Pfennige. Bestellungen für die nächste Nummer müssen bis zum 1. März in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 35.

Donnerstag, den 11. Februar 1904.

15. Jahrgang.

## Rußland und Japan.

### Kühne Angriffe.

Die kühnen Offensive haben die Japaner die Küsten vor Port Arthur aufgesucht, wo die russische Flotte einen der wichtigsten Punkte der russischen Stellung, aber auch wohl den am schwersten zu verteidigenden zu schützen hat. Die Japaner haben nicht nur die russische Flotte in ihrer Hauptstellung angegriffen, sondern auch Truppen in Korea gelandet. Bei der Landung japanischer Truppen in Tschemulpo, dem Hafenort der koreanischen Hauptstadt Seoul hat sich ein Seegefecht entsponnen, bei dem die Russen zwei große Schiffe verloren, die „Korolew“ und „Korolew“, aber auch die russischen Schiffe leicht beschädigt wurden.

Noch heftiger als um Tschemulpo war der Kampf zwischen der russischen und der japanischen Flotte auf der Mündung von Port Arthur. Hier sind schon in der Nacht zum Dienstag drei große russische Schiffe — die Panzerschiffe „Zesarewitsch“ und „Retwisan“ und der große Kreuzer „Wassilow“ — kampfunfähig gemacht worden. Bei einem Angriff einer aus 17 Schiffen bestehenden japanischen Flotte wurden am Dienstag Vormittag vier russische Schiffe beschädigt, nämlich das Panzerschiff „Poltawa“ und die Kreuzer „Mawit“, „Dranin“ und „Makolod“. Von den russischen Kriegsschiffen vor Port Arthur ist also fast die Hälfte außer Gefecht gesetzt. Port Arthur verfügte über 7 Linien-Schiffe, 5 große Kreuzer, 2 geschützte Kreuzer, 21 Kanonenboote, 2 Minenkreuzer und 9 Torpedoboote. Davon sind gefechtsunfähig 4 Linien-Schiffe und 3 Kreuzer. Dieser Verlust ist um so empfindlicher, als die russischen Kriegsschiffe in Wladiwostok vom Eisen umschlossen sind. In Tokio ist die Nachricht eingetroffen, daß zwei russische Postdampfer, zwei russische Kreuzer und zwei Dampfer der russisch-freiwilligen Flotte weggenommen seien.

Von amtlicher russischer Seite wird der Verlust bei dem Torpedobootangriff in Port Arthur in der Nacht zum Dienstag auf 7 Toie und 8 Verwundete berechnet. In der Seeschlacht am Dienstag Vormittag wurden 10 Russen getötet und 33, darunter 2 Offiziere, verwundet. Die Verluste der Japaner sind in den Kämpfen um Port Arthur sehr gering, in bisher nicht bekannt. Die Offiziere eines amerikanischen Schiffes, das dem Kampf beigewohnt hat, wollen gesehen haben, daß die japanische Flotte beim Angriff aus 17, nach dem Kampfe nur aus 16 Schiffen bestand.

### Der voraussichtliche Weg des Krieges.

Den Japanern bieten sich zwei Wege zur Offensive gegen Rußland, deren Ziel, wenn die russische Stellung überhaupt erschüttert werden soll, in jedem Falle die Mandschurei sein muß. Sie müssen entweder die vor Port Arthur liegende russische Flotte vernichten und dann von dort aus nach Landung großer Truppenmassen direkt vordringen, oder in Südkorea landen und dann durch Nordkorea in die Mandschurei einrücken. Wahrscheinlich ist das Letztere, da die südkoreanischen Häfen dem Inselreich am nächsten liegen und Rußland den ge-

landeten Japanern dort keine Landmacht entgegenstellen kann. Der Angriff auf das Geschwader von Port Arthur hat daher vielleicht nur den Zweck, die russischen Schiffe dort festzuhalten, damit sie die Ueberfahrt der japanischen Truppentransporte nach Korea nicht zu stören vermögen.

### Eine Seeschlacht bei Tschemulpo.

London, 10. Februar. Der Zusammenstoß bei Tschemulpo war, nach neueren Meldungen, eine förmliche Seeschlacht. „Reuters Bureau“ wird darüber aus Tokio unter dem heutigen Datum telegraphiert: Der Kampf dauerte von 11 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags. Die Japaner besiegten zwei russische Kriegsschiffe, wie man glaubt, das Hochseeschnelboot „Koreje“ und den Kreuzer erster Klasse „Wassilow“. Das Kanonenboot wurde zum Sinken gebracht, der „Wassilow“ in Brand geschossen und kampfunfähig gemacht. Ein Teil der Mannschaft, der Landete, wurde gefangen genommen. Die japanischen Schiffe sind leicht beschädigt.

Bisher hieß es, die russischen Schiffe hätten sich ohne einen Schuß ergeben. Nach vorliegenden Meldungen ist es jedoch sehr heiß dabei zugegangen.

Von japanischer Seite wird das Gefecht wie folgt geschildert:

Ein japanisches Geschwader, das Transport begleitete, traf am 8. Februar auf dem Wege nach Tschemulpo das Hochseeschnelboot „Koreje“, das aus dem Hafen ausging. „Koreje“ nahm gegen die japanischen Schiffe eine offensive Haltung ein und feuerte auf die japanischen Torpedoboote. Letztere schossen zwei Torpedos ab, die fehlgingen. „Koreje“ fuhr zu seiner Antenne zurück. Am 9. Februar früh forderte Admiral Iwano, der Kommandant des japanischen Geschwaders, formell die russischen Kriegsschiffe auf, den Hafen Tschemulpo vor Mittag zu verlassen. Der Admiral sagte hinzu, wenn der Forderung nicht nachgegeben würde, sei er gezwungen, die russischen Schiffe im Hafen anzugreifen. Zwei russische Kriegsschiffe verließen um 11 1/2 Uhr Vormittags den Hafen. Es entspann sich außerhalb der archipelartigen Inseln ein Kampf nach dem Geschichtsbuch, der über eine Stunde währte, zog sich ein russisches Schlachtschiff zwischen die Inseln zurück. Gegen Abend sank ein russischer Kreuzer. Gegen 4 Uhr Morgens, am 10. Februar, wurde gemeldet, das Hochseeschnelboot „Koreje“ sei ebenfalls gesunken, nachdem eine Explosion stattgefunden hatte. Die Dampfer „Mawit“ und „Dranin“ wurden ebenfalls schwer beschädigt. Auf japanischer Seite sind keine Unfälle eingetreten. Die japanische Gefandtschaft erhielt ferner ein Telegramm, welches meldet, daß vier japanische Bataillone in Tschemulpo gelandet sind.

### Die Schlappe bei Port Arthur.

Ueber die Angriffe, welche die Japaner in der Nacht zum 9. d. M. und am folgenden Tage auf das russische Geschwader bei Port Arthur unternommen haben, meldet ein Telegramm der „Agence Havas“ aus St. Petersburg:

Das russische Schlachtschiff „Zesarewitsch“ wurde von einem Torpedo am Heck (vorderer Schiffsteil) getroffen. Die am Steuer liegenden Schotten wurden led und die Steuer- vorrichtungen konnten nicht mehr gebraucht werden. Inzwischen konnte „Zesarewitsch“ den Kurs auf den Hafen nehmen und in diesen einlaufen.

Das Schlachtschiff „Retwisan“ erhielt einen Torpedoschuß in das Vorderdeck und begab sich in den Hafen. Ein Kessel des Kreuzers „Wassilow“ lag in die Luft, weil ein Torpedo im Feuerraum explodierte. Auch dieses Schiff konnte trotz der Beschädigungen den Hafen verlassen. Man hofft, daß es in kurzer Zeit wieder in See gehen könne. Beim Morgenangriff am 9. Februar versuchte die japanische Flotte, die Stadt Port Arthur, den inneren Hafen und die Forts zu beschießen. Die russische Flotte blieb im Schutze der Forts, welche mit den Japanern einen Artilleriekampf begannen, der eine Stunde dauerte. Die Geschütze des „Zesarewitsch“ und des „Retwisan“ beteiligten sich am Kampfe. Der Materialschaden des russischen Geschwaders und der Forts wird als nicht schwer angesehen.

Hiernach wird nicht bestätigt, daß die Schiffe den Hafen verließen.

### Die beschädigten Kriegsschiffe.

Der erste Verlust trifft die Russen hart, denn die anscheinend kampfunfähigen Schiffe sind die größten der vor Port Arthur liegenden Kriegsschiffe. „Zesarewitsch“ übertrifft alle an Tonnengehalt, an zweiter Stelle stand „Retwisan“.

Der „Retwisan“ ist erst im Jahre 1900 vom Stapel gelaufen. Er hat eine Länge von 114,6, eine Breite von 22, einen Tiefgang von 8,3 Meter, 12.876 Tonnen Displacement, 16.500 indizierte Pferdekraft und 18,2 Knoten Geschwindigkeit. Sein normaler Kohlenvorrat beträgt 1000, der höchste 2500 Tonnen. Die Panzerung ist an Deck 102, an der mittleren Artillerie 127, an der schweren Artillerie 254, am Gürtel 229 Millimeter stark. Kaliber ist der „Retwisan“ mit 4 Geschützen von 80,5 Zentimeter Kaliber, zwölf Schnellablenkanonen von 15 Zentimeter, 20 Schnellablenkanonen von 7,5, 24 Geschützen von 4,7 und 3,7 Zentimeter, 6 Torpedolanzierrohren, davon 2 unter Wasser.

Der „Zesarewitsch“ ist im Jahre 1901 vollendet worden. Er ist 118,5 Meter lang, 23,2 Meter breit hat einen Tiefgang von 7,9 Metern, 13.820 Tonnen Displacement, 16.300 indizierte Pferdekraft und 18,0 Knoten Geschwindigkeit. Sein Kohlenvorrat beträgt 900 Tonnen normal, höchstens 1350 Tonnen. Die Panzerung des Deckes ist 65 Millimeter, die der mittleren Artillerie 76 und 152, die der schweren Artillerie 254, die des Gürtels 229 Millimeter stark. Besitzt ist das Schlachtschiff mit 4 Geschützen von 80,5 Zentimeter Kaliber, ferner Schnellablenkanonen und zwar 12 von 15, 20 von 7,5, 20 von 4,7, 3 von 3,7 Zentimeter und 6 Torpedolanzierrohren, wovon 2 unter Wasser.

Der große Kreuzer „Wassilow“ ist 1899 vom Stapel gelaufen. Er hat eine Länge von 123,7, eine Breite von 16,8, einen Tiefgang von 6,9 Meter, 6737 Tonnen Displacement, 13.100 indizierte Pferdekraft, 19,2 Knoten Geschwindigkeit, eine Panzerung von 67 Millimeter und 900 bis 1400 Tonnen Kohlenvorrat. Seine Armierung besteht aus Schnellablenkanonen und zwar 8 von 15, 22 von 7,5, 6 von 4,7, und 2 von 3,7 Zentimeter Kaliber und drei Torpedolanzierrohren, davon zwei unter Wasser.

Die Ausichten, diese Schiffe bald wieder in den Kampf führen zu können, sind sehr schwach. Selbst unter günstigen Verhältnissen sind schwere Beschädigungen nur unter großem Zeitverlust zu beseitigen.

### Landung der Japaner.

8000 Mann wurden schnell in Korea an Land gebracht, die übrigen folgen. Die japanischen Truppen begannen den Vormarsch auf Seoul, um die Hauptstadt zu besetzen. Außer in Tschemulpo wurden in allen Hafenstädten des südlichen und westlichen Korea japanische Truppen gelandet. Eine Division japanischer Garden hält Fusan und Masampo besetzt, wo sie ausgeschifft worden waren. Die

## Im Wirbel.

Von Carl Morburger.

(Nachdruck verboten.)

27]

Er hat sie erkannt. Es ist die Geller-Bertha. Er erinnert sich, daß keine Frau ihm erzählt, ihre Mutter habe sie heute auf die Straße gesetzt. Sie sei guter Hoffnung — von dem Maler, dem Kassner, und der lasse sie jetzt sitzen.

Er blickt ihr nach. Die Geller-Bertha schleicht dahin. Sie ist müde und völlig ermattet. Seit dem frühen Morgen irrt sie so einher. Raslos und ohne Richtung.

Wie sie war, in dem einfachen Kleide, aller Mittel entblößt, so hat die Mutter sie auf die Straße gesetzt. Sie wollte von ihr nichts wissen. In ihrem Hause habe die Ehre keine Stätte. Sie möge ja nicht zurückkommen. Sie soll zu ihrem Liebsten gehen, dem Kassner, diesem Troddel, und sehen, ob er sie heiratet. Sie soll überhaupt machen, was sie will.

Bertha war gegangen, denn sie kannte die Mutter. Die war sitzenstreng und fromm, und unversöhnlich gegen die Ehre.

Dann hat sie Kassner aufgesucht. Der bestellte sie wieder für sechs Uhr Abends. Er wollte überlegen, was sich tun läßt.

Und von da ab ist sie in den Straßen einhergeirrt, freiernd, hungernd und in bangem Gagen. Wenn Kassner sie nur heiraten wird! Sie will ja gar nichts von ihm, sie wird sich selbst ihr Brot verdienen, sie wird alles tun, was er verlangt — nur vor der Schande soll er sie bewahren, ein „lebigs Kind“ zu bekommen! Wenn er sie nur heiraten möchte! Wenn er sie nur heiraten wollte.

Das war der Kern ihrer Gedanken und ist es noch, da sie um sechs Uhr vor Kassners Wohnung steht. Saghaft zieht sie die Glocke. Die Zimmerfrau öffnet. Kassner ist nicht zu Hause, aber er hat einen Brief hinterlassen. Sie überreicht ihn und schließt die Türe.

Bertha steht da und wagt nicht den Brief zu öffnen. Sie läßt ihn durch die Finger gleiten, besteht ihn vorne und rückwärts, ein dumpfes Aben düsteren Inhaltes überfällt sie. Dann bricht sie ihn in der Tasche. Langsam geht sie die Treppen hinab. Im häßlich beleuchteten Flure bleibt sie stehen, öffnet vorsichtig den Brief und liest langsam, fast buchstabierend:

„Liebe Bertha! Ich war heute bemüht, mir etwas Geld für dich zu beschaffen, es war leider unendlich. Deshalb hätte es keinen Zweck, wenn ich dich zu Hause erwarte. Ich will dir, was ich zu sagen habe, hiermit schriftlich mitteilen. Das ist besser, denn eine derartige Angelegenheit hat immerhin für beide Teile einen bequemen Beleg. Ich kann dir nur einen Rat geben: die ganze Sache nicht

traulich zu nehmen. Mein Gott, das passiert ja jeden Tag. Man ist eben jung! Du mußt dich darin finden!

Von einer Heirat kann leider keine Rede sein. Ich bin jung und muß auf meine Zukunft bedacht sein. Ich muß trachten, etwas Rechtes zu werden, darf mir keine drückenden Fesseln anlegen. Und die Heirat wäre eine solche, da wir beide ohne Vermögen sind. Das wäre unser Ruin.

Ja, wenn einer von uns reich wäre, daß man eine gesicherte Existenz hätte, daß man sich den Spaß erlauben könnte, das Mädchen, das man liebt, zu heiraten, dann stände die Sache anders! Aber so...

Trachte Deine Mutter zu versöhnen. Und wenn das nicht geht — Du darfst mich aber nicht mißverstehen, liebe Bertha, ich sage das nur in Deinem Interesse — dann halte Dich eben an jemand, der über die mir — leider! — mangelnden Mittel verfügt. Du verstehst — wie es um dich steht, merzt man nicht. Das kommt Dir zu statuten.

Ich selbst werde für dich tun, was in meinen Kräften steht. Allerdings wird es — leider! — weniger sein, als mein Wunsch ist. Teile mir Deine Adresse mit. Aber eine Bitte: welche Mitteilungen immer Du für mich hast, gebe sie mir nur schriftlich bekannt. Das ist für beide Teile besser.

Nun, liebe Bertha, noch einmal, sei klug und sage dich in's Unvermeidliche. Ich muß der Meinung, statt dem Herzen gehorchen!

Laß es Dir recht gut gehen! Dein Richard.“

Bertha hat zu Ende gelesen. Sie weint, klagt und jammert nicht. Lautlos, wie ein verpöhlter Hund, schleicht sie zum Tore hinaus und irrt weiter durch die Straßen. Raslos. Dann kann sie nicht weiter. Sie ist zu müde. Am Schötterweg läßt sie sich auf eine Bank nieder. Es ist eilig kalt. Die Passanten blicken auf das Mädchen.

Ein junger Mann bleibt stehen und mustert sie. Sie gefällt ihm. Er nähert sich ihr, läßt sich an ihrer Seite nieder und beginnt ein Gespräch.

Das läßt sie erwachen. Sie läßt auf. Sie zuckt nur halb hin. Sie weiß, was er will, was er denkt.

Da sie zu Bewusstsein kommt, fühlt sie die Mattigkeit auch gehmalt flüchten, und ein heißes Verlangen nach Ruhe, nach einer warmen Stube, nach Nahrung erfaßt sie. Die Worte Kassners kommen ihr ins Gedächtnis:

„Halte dich an jene, die über Mittel verfügen...“

Der Fatalismus weicher Naturen benützt sie; sie denkt: „Es ist einmal schon so!“

Sie wird geschwächer und antwortet ihrem Nachbar. Bald gehen sie fern in Arm von hinan.

Der alte Füllinger ist lange bei einem Glase Bier im Gasthause gesessen. Dampf vor sich hinhaltend. Gegen acht Uhr erhebt er sich und geht. Wieder in die Kochgasse — Doch nicht nach Hause in die Wohnung. Rückwärts im Hofe steht ein Schuppen, seine Werkstatt. In diese geht er. Die zwei Lebringe veranlassen sich bei einer kleinen Petroleumlampe auf dem Hobelstisch. „Messer zu hadeln“. Er schält sie fort, gibt ihnen „Ausgang“; sogar bis nach Mitternacht. Verwundert, aber er freut eilen die Vorführen fort.

Füllinger steht sich um. Dann greift er zur Lampe und leuchtet im Raume einher. Er mustert die Vorrate und ist zufrieden. Es wird genügen. Er späht in die Ecke; er ist mit Holzpflanzen angefüllt. Prägend wühlt sich seine Hand ein. Sie sind trocken. Er lächelt — gutes Material!

Er geht wieder in die Mitte des Raumes. Dort liegen Bretter und Werkzeuge. Er schafft sie bei Seite; der Raum ist frei.

Er greift nach der Kettelschürze, bindet sie um und geht wieder zu den Spänen, will sie mit diesen, geht zu dem freien Raume zurück und schüttelt die Späne dort aus. Das wiederholt er raslos, bis die Gde leer ist, und in der Mitte des Raumes ein Hügel aus Spänen sich erhebt.

Er mustert ihn; ein höhnisch-fatalistisches Lächeln.

Dann geht er weiter an das Beck. Hobelstische, Schraubstöcke, Stühle und Bänke, Fellen und Bretter, alles schleppt er hin zu Türe und Fenster, schüttelt sie da auf, hoch, aneinandergebrängt, legt an dem Rahmen, daß sie eine ehernen Barrikade bilden. Sie verstopfen den Zutritt, wehren Eindringlinge ab. Ein Scherhaufen. Und vor diesem bildet er eine Brücke zu dem Spänehaufen, eine Verbindung. Die dürftigen Bretter legt er hier aufeinander.

Dann redt er sich an der Wand empor. Oben auf einem Gerüste stehen zwei Kanonen. Sie sind mit Petroleum angefüllt. Er langt sie herab. Langsam nähert er sich wieder dem Scheite. Er stellt die Kanonen zu Boden, krenzt die Arme und starrt vor sich hin; lautlos; nur hier und da ein geflüstertes:

„Werd'n ma seh'n, was mir 'sch'ch'n tau'n!“

Er wartet, bis zehn Uhr vorüber, das Haustor geschlossen ist, und die Türe zur Küche gegangen sind.

Jetzt hört er das Haustor ins Schloß fallen, den Schlüssel inarren. Es ist zehn Uhr.

Er überbleibt versteinert am Plage. Er will warten, bis die Lichter verlöscht sind, bis der Schlaf im Hause Eingang gefunden.

Er steht auf den Hof hinaus, späht nach den beleuchteten Fenstern. Langsam verflucht die Nacht im Kopf. Nun schweigt im Hofe alles.

Da räthelt er sich auf. Wieder ein Murmel: „Werd'n ma seh'n, ob i a Gluck hab!“

(Fortsetzung folgt)

russischen Kriegsschiffe im Wladivostok scheinen durch das Eis im Ostsee eingeklinken zu sein.

### Ein gelungenen Streich.

London, 10. Februar. Die Abendblätter bringen ein Telegramm aus Tokio, nach dem zwei Transportschiffe der russischen Freiwilligen Flotte mit 2000 Soldaten von den Japanern genommen wurden.

In Tokio ist dem „Berl. Lokalanzeiger“, zufolge ebenfalls die Meldung eingetroffen, daß zwei russische Postdampfer, zwei Rauffahrer und zwei Dampfer der russischen freiwilligen Flotte mit 2000 Soldaten von den Japanern weggenommen worden seien.

### Der friedliebende Russe.

Der „Regierungsbote“ veröffentlicht nachstehendes Manifest des Kaisers:

„Die zum allen unsern treuen Untertanen folgendes sind: In der Sorge, den unermesslichen Verlusten zu wehren, wandten wir alle Bemühungen zur Festigung der Flotte im äußersten Osten an. In diesem friedliebenden Zwecke erklärten wir unsere Zustimmung zu der von der japanischen Regierung vorgeschlagenen Resolution der zwischen beiden Reichen bestehenden Abmachungen bezüglich der Koreanischen Angelegenheiten. Die über diesen Gegenstand angeregten Verhandlungen wurden jedoch nicht zu Ende geführt.“

Japan benachrichtigte uns, ohne auch nur den Eingang der in der letzten Antwort gemachten Vorschläge abzuwarten, von dem Abbruch der Verhandlungen und diplomatischen Beziehungen zu Russland. Ohne uns vorher in Kenntnis zu setzen, daß der Abbruch der Beziehungen die Eröffnung einer kriegerischen Aktion bedeutet, befahl die japanische Regierung ihren Torpedobooten, unser Geschwader auf der äußeren See der Festung Port Arthur vollständig anzugreifen.

Nach Empfang des Verichts unseres Statthalters hierüber begaben wir sofort, die Herausforderung Japans mit den Waffen zu beantworten. Indem wir diese unsere Entscheidung kundgaben, stellten wir in unerwarteter Weise unser Vertrauen auf die Hilfe des Alexander des Großen und in der festen Hoffnung auf die einmütige Bereitschaft aller unserer treuen Untertanen, zusammen mit uns das Vaterland zu verteidigen, den Segen Gottes auf unsere zahlreicheren Truppen der Armee und Flotte herab.

### Waffen neuer Offiziere.

St. Petersburg, 10. Februar. Heute Nachmittag besuchte der Zar in Admiralsuniform das Marine-Kadettenkorps. Er wandte sich an die Kadetten in folgender Rede:

„Es ist Euch bekannt, daß uns vorgestern der Krieg erklärt worden ist und daß der tüchtige Feind in dunkler Nacht unsere Flotte und unsere Flotte ohne jegliche Vorausforderung unerwartet überfallen hat. Jetzt braucht Russland sowohl keine Flotte als auch keine Armeen. Ich bin gekommen, Euch zu sehen und Euch zu sagen, daß ich Euch zu Offizieren befördere. Indem ich Euch 3/4 Monat vor dem Termin befördere, bin ich überzeugt, daß Ihr alles daran setzen werdet, Euer Wissen zu bereichern, daß Ihr dienen werdet, wie Euer Majorat und Grabmal gebietet, wie die Admirale Tschichagow, Pasoren, Nachimow, Komitow, Plomin gebieten haben, zum Nutzen und Ruhm des teuren Vaterlandes. Ich bin überzeugt, daß Ihr alle Kräfte unserer Flotte widmet, über der die Flagge mit dem Andreaskreuz weht. Hurra!“

### Weitere Meldungen.

Russische und japanische Schiffe. Nach den bisherigen Nachrichten scheinen die japanischen Schiffe die russischen überlegen zu sein. Auch sonst sind die japanischen Schiffe den russischen überlegen. In Kiel ist von sachverständiger Seite das Verhältnis der russischen und japanischen Seestreitkräfte in Ostasien so geschätzt worden, daß die russischen Schiffe (zusammen 18) 9,5 Einheiten und die japanischen (30) 13,8 Einheiten repräsentieren. Wenn die auf der Ausreise befindlichen russischen Schiffe in Ostasien eingetroffen sind, wird sich das Verhältnis wie 10,8 zu 14,18 stellen.

Keine Besetzung durch Frankreich. Die „Agence Havas“ meldet: Im Ministerium des Auswärtigen weiß man nichts davon, daß die englische Presse berichtet, Schanzhaufen von französischen Truppen besetzt worden wäre. Die Nachricht scheint erfunden.

Russische Hoffnungen. Die „Nowoje Wremja“ weist darauf hin, daß die erlittenen Verluste noch keine Entscheidung brachten und der Kampf zu Lande entschieden werden würde. Mit ihrem numerischen Übergewicht in Korea würden die Japaner wohl in der ersten Zeit die Russen zwingen, sich auf den Verteidigungskrieg zu beschränken, sobald aber die russischen Streitkräfte in Korea und im Süden der Mandschurei zusammengekommen seien, begünne erst die Lösung. Schwer würden die Japaner für ihren verräterischen Überfall, der völlig dem asiatischen Charakter entspricht, büßen müssen. Die Blätter zweifeln nicht, daß der russische Patriotismus zuweilen hell aufflammen werde.

Die Stimmung in Japan. Die Nachricht von den Vorgängen in Port Arthur und Tschichagow riefen in Tokio den ersten Ausbruch nationaler Begeisterung hervor. Hier ist ferner die Meldung eingetroffen, daß zwei russische Postdampfer, zwei Rauffahrer und zwei Dampfer der russischen freiwilligen Flotte genommen seien.

Ein russisches Hilfgeschwader von 14 Schiffen befindet sich auf dem Wege nach Mähren, allein einsteilen ist es erst in Port Said, d. h. am Eingang des Suez-Kanals angekommen, es braucht also noch einige Wochen bis zu seinem Eintritten auf dem Kriegsschauplatz. Wie es bis dahin mit der russischen Flotte selbst ausseht, bleibt abzuwarten.

Russisches. Die deutsche Post nach Japan wird bis auf weiteres nicht über Sibirien, sondern über Amerika, die Post nach Shanghai, Kiautschow und Tschifu über Suez gehen. Für die chinesische Provinz Peitschi (Keling, Tientin, Tschingwantu) werden die Sendungen nach wie vor über Sibirien befördert.

Die englischen ministeriellen Blätter billigen den Angriff der Japaner bei Port Arthur und drücken die Ansicht aus, daß die japanische Note tatsächlich die Kriegserklärung bildete. Daily Mail glaubt an den Sieg der Japaner. Die Militärsachverständigen verhehlen sich jedoch nicht, daß der endgültige Sieg Russland zufallen wird. Mehrere Blätter erklären, daß ein langer Krieg für England Vorteile bringe, ein längerer jedoch dem englischen Handel großen Schaden zufügen würde.

### Operationen des Landheeres.

London, 10. Februar. Daily Mail meldet aus Port Arthur: General Kawakami geht morgen von Hanjow nach dem Palast an der Spitze der 3. Artilleriebrigade ab, welche 24 Geschütze und 8 Regimenter Infanterie umfaßt. Die 3., 4. und 5. Brigade veranzugten sich längs der Eisenbahn in einer Entfernung von 40 Meilen von Hankow, 8 Batterien der 5. Brigade befinden sich in Kinshan. Insgesamt stehen 26 sibirische Regimenter in der Mandschurei. Vier Regimenter haben sich seit Donnerstag nach Wladivostok in Bewegung gesetzt.

### Börsen-Panik.

Auf dem gesamten westeuropäischen Aktienmarkt hat der Ausbruch des Krieges eine fieberhafte Erregung hervorgerufen, die sich vielfach zu wilder Panik steigerte. Partien schon die geringen Meinungen Anlaß zu bedeutenden Kursstößen gegeben, so haben es heute an der Berliner Börse, als hätten die kapitalistischen Kreise völlig den Kopf verloren. Derartige Szenen sind seit dem Ausbruch der letzten Weltkriege nicht mehr vorgefallen. Mit

wildem Ungestüm suchten die Aktienbesitzer ihren Besitz an Wertpapieren abzugeben, Angebot mußte sich auf Ansehen, und in heftigen Sprüngen stiegen die Kurse. Und zwar bedrückte sich die Börse nicht nur auf die beliebtesten Rentenpapiere und Bankaktien, sondern Industralien der verschiedensten Art, landwirtschaftliche und ausländische Fonds, Eisenbahn-Aktien und Obligationen alles wurde in den Straßen hineingeworfen. Je mehr man blickte in den Börsenkreisen die Gefahr unterschätzt und im Vertrauen auf die schnelle Besserung der russischen Situation mit einer fieberhaften Beteiligung des Publikums im werten Osten geriet, um so mehr schreckten sich die Aktienbesitzer, die sich am fernsten Horizont zusammenballenden massen Gewitterwolken, und fast überall wird die Befürchtung laut, daß der Kampf nicht auf Japan und Russland beschränkt bleibt, sondern auf die anderen in Ostasien interessierten Mächte übergreifen wird.

Amerika, England, Frankreich, Oesterreich und Deutschland versichern ihre strengste Neutralität. In Russisch-Polen führt es unter der Bevölkerung.

### Der Reichstag

fährte heute die Beratung beim Titel Reichsgesundheitsamt zu Ende. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand eine neue bedeutsame Rede unseres Genossen Scheidemann, der seine agrarischen Gegner von gestern der Reihe nach vornahm und sie gründlich widerlegte.

### Politische Heberflut.

Der Perero-Aufstand. Von den Verstärkungen der Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika, die Dienstag auf der „Darmstadt“ nach guter Fahrt in Swakopmund angekommen sind und die Dienstag Nachmittag und in der Nacht ausgeschifft wurden, sollten Mittwoch früh bereits zwei Kompanien und Geschütze mit der Eisenbahn nach Windhub abgehen. Andere Abteilungen sollen möglichst schnell nach den bedrohlichsten Punkten folgen.

Strafbares Spaziergehen. Ein Hamburger Postbeamter ging am 1. Mai 1902 mit seinem Stiefsohn, einem Zigarrenarbeiter, aus dem Hause. Der Stiefsohn, welcher Sozialdemokrat ist, wollte an dem großen Arbeiterfestzug nach dem Mühlenkamp teilnehmen. J., welcher seinen Stiefsohn begleitete, ist nun etwa zehn Minuten lang neben diesem Zuge hergegangen, bis er am Mühlendamm nach Dammschweg abgelenkt wurde. Ein Postbeamter hat den J. trotz seiner Zurückhaltung erkannt und seine Beobachtung zur Anzeige gebracht. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß J. sonst nie mit Sozialdemokraten verkehrt und daß auch der Touristenklub, dessen Mitglied J. ist, keinen sozialdemokratischen Tendenzen huldigt.

Die Disziplinarkammer in Schleswig hatte J. wegen des Verbrechens, am 1. Mai an einem sozialdemokratischen Feste teilgenommen zu haben, zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein mit dem Antrage auf Dienstentlassung oder mindestens Veretzung. Der Disziplinarkhof hat die Berufung für begründet angesehen, weil die Pauschalweise des Angeklagten noch eine andere Abmildung verbietet. Es wurde auf Veretzung in ein anderes Amt in demselben Range und auf 10 Mk. Geldstrafe erkannt.

Ein Bild der Freiheit im Gegenwartsstaate. Ein Beamter wird mit Verletzung bestraft, weil er mit seinem Stiefsohn zehn Minuten spazieren geht. Die Konsequenz wird vielleicht sein, daß künftig jeder Beamte, der einen sozialdemokratischen Stiefsohn hat, wegen dieses Verbrechens gemahregelt werden kann.

Der Beirat für Arbeiterstatistik ist zum 29. Februar zu einer Sitzung zusammenberufen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: 1. Ergänzungswahl für die Ausschüsse. Diese ist nötig geworden, weil die früheren Abgg. Petzsch und Jakobsdörfer auch aus dem Beirat ausscheiden mußten. 2. Die Sicherung der Zuverlässigkeit arbeitsstatistischer Erhebungen. 3. Bericht des Referenten über die Erhebung betreffend die Arbeitszeit in gewerblichen Industriebetrieben. 4. Ansuchenbericht über die Fortsetzung der Erhebung betreffend die Arbeitszeit im Fleischerhandwerk. 5. Mitteilung über den Stand der Erhebung betreffend die Arbeitszeit im Binnenverkehr-Gewerbe.

Der zweite Punkt ist wohl auf die Tagesordnung gesetzt, weil oft absichtlich falsche Angaben gemacht werden. Schon bei den Erhebungen über das Gastwirtschaftsgewerbe bemerkte der Polizeipräsident von Breslau, daß die Wirte fast allgemein die Polizeistunde als Schlußstunde für die Arbeitszeit angegeben haben, während es natürlich ist, daß diese Stunde fast allgemein und oft erheblich überschritten wird. Noch schlimmer machten es einige Fleischer. In Koblenz hat die Fleischerei, nachdem das Bevoorzugte der Erhebungen amtlich veröffentlicht worden war, den Beschluß gefaßt, die Fragen betreffend die Arbeitszeit und die Sonntagsarbeit nur ganz allgemein zu beantworten. Es befanden sich unter den in Koblenz befragten die Gehilfen von vier Betrieben, die die Auskunft verweigerten. 38 Bogen waren nach einer Vorchrift ungenügend, aber völlig gleich beantwortet. Es war offenbar, daß hier der Beschluß zur Ausführung gekommen war. Diese Bogen mußten deshalb von der Verantwortung ausgeschlossen werden. Wie die Sicherung gegen derartige Fälschungen gedacht ist, können wir noch nicht mitteilen. Am besten wäre es, wenn die Auskunftspersonen gezwungen werden könnten, ihre Angaben zu bezeugen.

Die Petitionskommission des Reichstages überwies mit 13 gegen 10 Stimmen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung eine Petition der Reichsgenossenschaft der 2. auf Erlass willkürlicher Vorschriften zur Unterdrückung schlechter Literatur- und Kunst-erzeugnisse. Gegen die Ueberweisung zur Berücksichtigung stimmten die Freisinnigen, die Sozialdemokraten und die beiden Nationalliberalen Semler und Kraemer.

In der Budgetkommission wurde am Mittwoch Beschwerde darüber geführt, daß für wenige Offiziere Kasinos gebaut worden seien. Kriegsminister von Einem begrüßte den Bau von Kasinos, weil das Leben der Offiziere dadurch billiger gestaltet würde. In den Kasinos lebten die Offiziere weit billiger als im Hotel. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß es mit der einfachen Ausstattung der Kasinos doch nicht weit her sei.

Für politische Verbrecher. Im Reichstage haben zum Etat des Reichsjustizamtes die Freisinnigen folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichskanzler zu eruchen, behufs einheitlicher Regelung für das gesamte Reichsgebiet einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den wegen politischer Vergehen und Verbrechungen in Untersuchung- und Strafhaft befindlichen Personen gestattet wird, sich während der Haft selbst zu beschäftigen und eine Tageszeitung zu halten, ferner, daß solche Personen nur mit Arbeiten beschäftigt werden dürfen, welche ihrem bisherigen Berufe und Bildungsgrade angemessen sind.“

Ein Verfahren gegen Unbekannt ist aus Anlaß der Reichstagsrede eingeleitet, die der Reichstagsabgeordnete Haase am 19. Januar zur Begründung der Interpellation über das Verhalten russischer Polizeigenerale auf deutschem Gebiet gehalten hat. Genosse Haase war Freitag als Jenge darüber vernommen worden, welcher Briefbogen das Briefverkehrsamt

verfehlt habe und wer den Sozialdemokraten Nowagowski zur Aufhellung falscher Papiere zu bestimmen versucht habe. Haase schneidet ab, sich darüber zu äußern.

In dem Telegraphieren an den Kaiser in der Bilanz Krankenfürsorgegesetz mit Hilfe wird noch mitteilt, daß die in dieser Verlesung anwesenden sozialdemokratischen Krankenfürsorgegesetzigen die vom Vorsitzenden der eckeligen Abänderung des Telegramms gestimmt haben, aber in der Minorität geblieben sind.

Zwei Stadtverordneten-Ersatzwahlen in Charlottenburg haben am Dienstag stattgefunden. Am 8. und 7. Bezirk hatten die beiden lesartwählenden sozialdemokratischen Vertreter ihr Mandat wegen Doppelwahl niedergelegt. Am 7. Bezirk ist bei der letzten Wahl der Liberalen der früher inenehabte Sitz wieder gefallen. Es erhielt der Genosse Stadtverordnete Wilhelm Müller 332 Stimmen, während der liberale Kandidat, Kaufmann Leopold Polenzerg mit 348 Stimmen gewählt wurde. Im 8. Bezirk wurde der Genosse Stadtverordnete Karl Jander mit 481 Stimmen gewählt. — Auf den liberalen Gegenkandidaten, Zahnmeister A. D. Maczart, entfielen nur 92 Stimmen. Da Genosse Jander bereits Stadtverordneter ist, wird er die Wahl ablehnen und der Bezirk wird zum dritten Mal zur Wahl schreiten müssen. — Das macht der Hausbesitzer-Paragraph!

### Anstand.

In dem Prozeß des Admirals Petto gegen den italienischen sozialistischen Deputierten und Herausgeber des „Quanti“, Genossen Ferr, wegen Verlesung wurde am 10. Februar, Nachmittag, nach 51 tägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Ferr wurde zu 14 Monaten Gefängnis und 1516 Lire verurteilt.

Gegen die gelbe Gefahr. In London hat sich ein Komitee von Mitgliedern aller Parteien gebildet, welches damit beauftragt ist, Massen-Meetings einzuberufen, in denen gegen die beabsichtigte Einführung chinesischer Kulis in Transvaal protestiert werden soll. — Die politische Arbeiter-Liga von Neu-Süd-Wales hat eine Protestresolution gegen die Einführung asiatischer Arbeiter in Südafrika angenommen.

### Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 11. Februar 1904.

### Gewerbegerichtswahl in Breslau, Arbeiter, Handwerker!

Pant Bekanntmachung des Magistrats der Stadt Breslau findet die

### Neuwahl der Richter

aus dem Stande der Arbeitnehmer statt, am

Mittwoch, den 13. April 1904.

Wer aber an dieser Wahl teilnehmen will, muß sich, sofern er nach den unten folgenden Bestimmungen wahlberechtigt ist, in der Zeit von

15. bis einschließlich 28. Februar 1904

und zwar an Wochentagen von 3 Uhr Nachm. bis 8 Uhr Abends und an Sonntagen von 10 Uhr Vorm. bis 2 Uhr Nachm., unter Vorzeigung einer Legitimation (Arbeitspapier, Steuerquittung) in die Wählerliste eintragen lassen,

die im Bureau des Gewerbegerichts, Schulstraße 72a, II. (gerade über von der Magdalenenkirche) ausliegt.

Die Eintragung in die Wählerliste kann auch schriftlich beantragt werden. Formulare, durch welche der schriftliche Antrag auf Einschreibung in die Wählerliste sehr erleichtert wird, sind im Arbeiter-Sekretariat, Messergasse 18/19, im Gewerkschaftshaus Margarethenstraße 17, in der Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 6/6, und in den Bureaus der Buchbinder, Größschneuerstraße 77, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Albrechtsstraße 47, H. I., Holzarbeiter, Ursulinerstraße 27, H. I., Metallarbeiter, Neue Döberstraße 13a, Maurer, Margarethenstraße 17, zu haben.

Bei unterlassener Eintragung in die Wählerliste geht das

### Wahlrecht verloren.

Wahlberechtigt sind nur solche Arbeiter,

welche am Tage der Wahl (13. April) 25 Jahre alt sind und in Breslau Wohnung oder Arbeit haben, also auch die Arbeitslosen.

### Nicht wahlberechtigt sind

Ausländer, Personen, welche die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzen, gegen welche ein Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens schwebt, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Verrichtung eines öffentlichen Amtes zur Folge haben kann; ferner Arbeiter und Handwerker, die bei Mitgliedern solcher Zünfte beschäftigt sind, für welche ein Schiedsgericht besteht.

Hausgewerbetreibende wählen als Arbeiter, falls sie selbst in der Regel weniger als drei Arbeiter beschäftigen.

Arbeiter, Handwerker! Ihr kennt die große Bedeutung des Gewerbegerichts und dessen segensreiche Tätigkeit. Darum ist es Euer unerlässliche Pflicht, Euch das Wahlrecht zu sichern, damit Ihr am Tage der Wahl, dem 13. April, auch wählen dürft. Erfüllt diese Euer Pflicht umgehend, verschiebt sie nicht auf die letzten Tage, rühmt die Säumnigen in allen Werkstätten und Fabriken, auf Bauten und in sonstigen Betrieben auf:

Laßt Euch sofort in die Wählerliste eintragen!

### Das Gewerkschaftskartell Breslau.

\* Die Steingutfabrik von Giesel befand sich bekanntlich seit langer Zeit in derartigen Zahlungsschwierigkeiten, daß die Arbeiter wiederholt ohne Lohn nach Hause gehen mußten. Vor einigen Tagen ist nun das Grundstück zur gerichtlichen Versteigerung gekommen. Das Bankhaus Eichhorn hat das Höchstgebot abgegeben und dann seine Rechte an die Frau des Dr. Giesel übertragen, so daß diese den Zuschlag erhielt. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die heute den Betrieb hat, ist durch weitere Mittel angeblich in den Stand gesetzt, weiter zu wirtschaften. Das mag für beteiligte Kapitalisten eine Eröstung sein, die beschäftigten Arbeiter werden aber gut tun, wenn sie die Augen offen behalten. Mit Versprechungen wird ihnen wenig geholfen sein.

\* Eine Soiree des Arbeiterfängerbundes findet am Sonntag, den 21. Februar, im Gewerkschaftshaus statt. Das Nähere ist aus der heutigen Voranzeige zu erfahren.

\* Verurteilt wurde vom Reichsgerichte die Revision des Maurer Robert Wob und seiner Ehefrau, die am 31. Juli v. J. vom Landgerichte Breslau verurteilt wurden. Ferner die Revision des Kanalarbeiters August Meiwald, verurteilt vom demselben Gerichte am 1. Oktober v. J. wegen Verlesung und Verleumdung, und des Bergmanns Philipp Belgorkal in Koponina, der am 24. Juli v. J. wegen Verleumdung eines Beamten der katholischen Kirche von Landgerichte Berlin (O.S.) an Gefängnis verurteilt worden ist.

Der Vorwurf wurde ferner die Revision des Händlers...

Das Geld in der Konfektion zeitig immer wieder...

Dah die armen Konfektionsarbeiter oft in der...

Schlechte-Verhältnisse. An 8. d. M. hielt der...

Seine Durchlaucht - eine Beleidigung! Im vorigen...

Stadtheater. Heute, Donnerstag, gelangt Nicolai's...

Alfa, 8. Februar. Fabrikarbeiter-Versammlung...

eingesetzt wurde, aber in ähnlichen Fällen...

Wahlvereins-Versammlung. In der letzten...

Magistrat, die besonntlich mehrere Male abgelehnt...

Wahltag, 10. Februar. Wegen vorläufiger...

Bischofswahl, 10. Februar. Ertlich verunglückt...

Kattowitz, 9. Februar. Volksversammlung...

40 Mann besuchte Bergarbeiter-Versammlung...

Neueste Nachrichten. Der Krieg. Die Kriegsschiffe...

Truppenansammlung. Dally Mail" meldet aus...

Russischer Schwindel. Die russische Presse...

Die Wahrheit. Petersburg, 11. Februar. In den...

Die Neutralität Chinas. London, 10. Februar. Reuters Bureau...

Standesamtliche Nachrichten. Todesfälle. II. Fabrikarbeiter...

Postkasten. Herrn Satz, Krieg. Die Annahme...

Als Beitrag für die Ausgesperrten in Crimmitschau...

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes names like Carl Kistner, Emma, and amounts in Mf.



## Gesellschaft für soziale Reform.

Die am vergangenen Dienstag im Pariser Garten tagende Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform gehörte zu den bewegtesten und interessantesten, die von dieser Seite jemals abgehalten worden sind. Das Thema, um welches der Nebenkampf tobte, hieß: „Die Koalitionsbestrebungen der Arbeitgeber und die soziale Reform“, und die Zahl und der Umfang der bis nach Mitternacht sich ausdehnenden Neben war so außergewöhnlich groß, daß ein ausführlicher Bericht darüber mehr als zwei kleinbedruckte Seiten unserer Zeitung bebeden würde. In diesen Tagen der sich häufenden Kriegsberichte und der Parlamentssitungen müssen wir es uns aber aus räumlichen Gründen verkauften, die Verhandlungen in gewohnter Weise breit darzustellen, so gern wir es läten. Aber wir hoffen, auch in nachfolgendem Heft alle wesentlichen in der Versammlung hervorgetretenen Gesichtspunkte vollständig zusammenzufassen zu haben.

Nach einigen einleitenden Worten stellt Herr Prof. Sombart die Frage, ob Arbeitgeberverbände prinzipiell Vermittler oder Förderungsmittel der sozialen Reform sind, ob also die Gesellschaft die sich die Behauptung der Arbeitstage zum Ziele gesetzt habe, solche Koalitionen der Unternehmer begrüßen oder verwirklichen muß. Nach oberflächlicher Beurteilung würde man sehr leicht zu einem abweichenden Urteil kommen. Bei näherer Betrachtung aber ändert sich diese Meinung. In drei Beziehungen nämlich: 1. In der Beziehung der beiden zu höheren Formen des Kampfes. Der Arbeiterverband nicht den Vorkämpfern die Möglichkeit kollektiver Lohnverträge, mahnt sie zur Besonnenheit und stellt eine geschlossene Macht den von Natur aus stärkeren Unternehmern gegenüber. In gleicher Richtung aber wirken auch die Arbeitgeberverbände, aber sie können wenigstens so wirken. Die Koalition stellt die den Unternehmer keinen so wesentlichen Machtgewinn dar, als für den Arbeiter, sie wird außerdem durch das mangelnde Solidaritätsgefühl, welches der Arbeitnehmer ist durch die wirtschaftliche Kontinuität der einzelnen Fabrikanten. Die Arbeitgeberorganisation umfaßt genau so wie der Arbeiterverband die einzelnen Mitglieder der Besonnenheit, weil vom Augenblick der Organisation an, auch bei den Unternehmern, auf allgemeinen Willen hin ausgespart und gesteuert wird. Die Arbeitgeberverbände aber führen auch die Möglichkeit von Kollektiv-Lohnverträgen, von Tarifen, herbei, sie werden auf diese Weise gedrängt, auch wenn sie sich heute noch als rücksichtslose Arbeitgeberverbände geben. Zum Beweise zieht der Redner den Verband der Buchdruckerprinzipale an, der die älteste berufliche Organisation bildet. Da außerdem die Unternehmerkoalition das Prinzip der „Demos im Hause“ durchbricht, indem der Fabrikant seinen Kollegen ein Mitbestimmungsrecht einräumt — der in der „Volkswacht“ vom vorletzten Sonntag entwickelte Gedankengang — so sei die Gründung von Arbeitgeber-Verbänden vom Standpunkt der sozialen Reform prinzipiell wünschenswert.

Am diesen, den sachlichen Teil der Frage behandelnden Vortrag schloß sich sodann die Rechtsprechung des Herrn Dr. Meißner gegen den die „Volkswacht“ den Vorwurf erhoben hatte, daß er zwei Herren dienste, der Gesellschaft für soziale Reform als Geschäftsführer und auf der anderen Seite einer Gesellschaft gegen soziale Reform, indem er für die Criminellkammer Fabrikanten Unterstützung gesammelt und bei der Gründung eines schlesischen Textilarbeitgeberverbandes Gehaltshilfe geleistet habe. Herr Dr. Meißner legte dar, daß er mit den Forderungen der Criminellkammer Arbeiter prinzipiell einverstanden sei, daß er ihre Anerkennung bestrafe, selbst wenn die Industriefirmen behaupten, daß ihr Geschäft die Belastung nicht zu tragen vermöge. Wenn sich die Betroffenen selbst in diese für sie folgenschwere Änderung nicht fügen, sei das entschuldigbar und ihre Unterstützung durch schlesische Kollegen erklärlich. Trotzdem habe er in den betreffenden Zusammenkünften als Symbiot des Textilarbeitgeberverbandes seine abweichende Meinung scharf zum Ausdruck gebracht — leider ohne Erfolg. Nachdem der Verband anders entschieden hätte, mußte Redner als angetretenen Beauftragten ohne Stimrecht sich der Zustimmung der Versammlung unterziehen. Immerhin habe er sich mit dem Gedanken der Kündigung seiner Stellung getragen, sei jedoch davon abgesehen, als es ihm gelang, im Verband der Textilindustriellen denjenigen Anschauungen über das Koalitionsrecht und die Gleichberechtigung der Arbeiter zum Siege zu verhelfen, die im Einklang stehen mit den Ansichten der Gesellschaft für soziale Reform. Er hoffe der letzten einen Dienst durch sein Verbleiben im Verband der Textilindustriellen geleistet zu haben und will dem sozialsten Frieden dienen indem er in diesem Verbande als Vermittler auftritt bei Streitigkeiten mit den Arbeitern.

## Aus aller Welt.

Der vorjährige Pestfall, der mit dem Tode des Volontärs Dr. S. v. S. von der Berliner Charitee endete, hat ein unergütliches Nachspiel, das jetzt vor den Richterstuhl gebracht worden ist. Die Sache betrifft den Pfleger des Pestkranken W. In der Nacht zum 5. Juni wurde er nach seiner eigenen Darstellung von einem Oberarzte plötzlich gerufen: der Fall sei möglicherweise nur eine Jünglingskrankung, könne aber auch ein schwerer Fall sein. Bald nachdem W. das Krankenzimmer betreten hatte, drückte er nicht mehr hinaus, und man teilte ihm mit, daß Dr. S. an der Pest erkrankt sei. Er heftete sich an und lag drei Wochen schwer krank; durch die Serumbehandlung war er sehr erfrischt. Nach einem vierwöchigen Urlaub konnte er wieder Dienst tun, erkrankte aber bald von neuem; die Diagnose lautete auf Pest. Die Charitee kündigte ihm nun, weil er zum Dienste nicht mehr geeignet sei. Geh. Rat Müller, der damalige Verwaltungsdirektor, bedauerte die Kündigung, konnte aber keine leichte Beschäftigung zuweisen. W. hat durch den Pestfall seine volle Arbeitskraft verloren, aber keinen rechtlichen Anspruch auf Pension oder sonstige Entschädigung. Die Charitee hat ihm, nach der „Kreuzztg.“, 50 Mark zur Erhaltungskosten und 30 Mark Unterhaltungsgehalt.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Nacht zum Dienstag bei Kietze in Ruffisch-Polen ereignet. Danach sind drei Wagen eines gemischten Zuges entgleist und eine hohe Wächung heruntergestürzt. 5 Passagiere wurden getötet und gegen 30 schwer verletzt.

Verurteilte Weinbauern. Der „Pfälzischen Presse“ zufolge verurteilte die Strafkammer in Landau den Weinbändler Gustav Venario wegen Weinschlückung zu 1 Monat Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe; ferner wegen desselben Vergehens den Weinbändler Hermann Goldmann zu 3000 Mark Geldstrafe und die Großbauern Ferdinand Schaff und Samuel Schaff zu je einer Woche Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe.

Wegen jahrelanger Förmung seines eigenen Kindes hatte sich der 32 Jahre alte Schriftarbeiter August Krugus aus Worms vor der Mainzer Strafkammer zu verantworten. Trotz der eindringlichen Warnung seiner Frau hatte der Angeklagte am 11. November sein zwei Monate altes Bwillingkind Katharina in sein Bett genommen. Am nächsten Morgen lag das Kind unter der Bettdecke mit Gesichts auf der Matratze und war erstickt. Schenken Verzicht mußte der Angeklagte mit drei Monaten Gefängnis büßen.

Der Eisenbrand von Baltimore. Nach den letzten Meldungen scheint es gelungen zu sein, den Brand in Baltimore auf seinen Ursprung zurückzuführen. Dieser Eisenbrand des Jahres ist den überauslichen Anstrengungen zu danken, mit denen das Element

An diese mit Beifall aufgenommenen Referate schloß sich nun die lebhafteste Diskussion, in welcher die Vertreter der Arbeiterklasse, Dittich, Kuhn, Pöbe und Bimmer, sowohl den sachlichen Ausführungen des Herrn Professor Sombart entgegenzutreten, als auch einer anderen Auffassung über die Tätigkeit des Herrn Dr. Meißner bei den Textilfabrikanten Ausdruck gaben. Sie vertraten den Standpunkt, daß die Arbeitgeberverbände am wenigsten die Tendenz haben, die Gleichberechtigung der Arbeiter anzuerkennen, daß sie die Uebermacht der Unternehmer über die Arbeiter festhalten und nachdrücklich gefördert haben. Die Unternehmerverbände, deren Existenz gesetzlich nicht eingeschränkt werden kann, müssen von den Arbeitern als feindliche Mächte erkannt werden und sollten auch als solche behandelt werden von allen denen, die für soziale Reform eintreten. Unverkennbar ist es, die Arbeiterforderungen zu befrachten und die Unternehmermacht zu stärken, wie Herr Dr. Meißner es getan habe — zum Teil allerdings wider seine bessere Ueberzeugung als Diener des Kapitals. Denn der schlesische Textilindustriellenverband sei ein Schamacherverband wie die Fabrika, dafür sprechen trotz seiner schönen Statuten die Unterliegung der Criminellkammer Fabrikanten und die Namen seiner Führer, die als Arbeiterfeinde bekannt sind. — Zur Anerkennung der Gleichberechtigung und des Koalitionsrechtes der Arbeiter können die Unternehmer nur von den Arbeitgebervereinigungen erzwingen werden und dieser Zwang sei um so aussichtsloser, je mehr die Machtmittel des Gegners gestärkt werden. (Beifall)

Wegen diese Anschauungen traten zwischen den einzelnen Gewerkschaftsvertretern die Herren Dr. Steinig, Dr. Donigmann, Dr. Kurella, Mühlensberger, Jeymann und Wiegert, sowie Herr Lehner in die Debatte ein. Sie erhoben einen Gesinnungswandel innerhalb der Arbeitgeberwelt, der durch die Organisationen nur gefördert werden könne. Herr Dr. Steinig ist der Meinung, daß neben dem Kampf der beiden Interessengruppen auch die gegenseitige Einigung als Regulator sich geltend machen wird. Herr Dr. Kurella verweist auf die Entwicklung in England, Herr Dr. Donigmann gibt zu, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Stellung der Arbeiter erklärlich und die Handlungsweise des Herrn Dr. Meißner für den ersten Augenblick verständlich erscheinen mußte und Herr Krüge dankt im Einverständnis mit allen drei Vorrednern Herrn Dr. Meißner für sein Ausbleiben am gekündigten Platze.

Schließlich schloß Herr Dr. Meißner in vorerwähnter Stunde noch den mühseligen Drang, den anwesenden Arbeitern ein Privatstimmum über ihre antinationale Haltung im allgemeinen und über ihre Unabwärtigkeit gegenüber Herrn Meißner im besonderen zu halten, fand damit aber keinen besonderen Anklang, holte sich auch vom Scheinbar sehr gereizten Vorsitzenden ein rundes und nettes Desavou.

Vom gesicherten Post des Schlusswortes aus versuchte dann Herr Professor Sombart die Anschauungen der Arbeitervertreter als widerspruchsvoll darzustellen, und scheute dabei auch vor einigen Apokalyptiken und Sophismen nicht zurück, deren Verantwortung wir auf eine geeignete Stunde und passenden Ort verlagern. Soweit er sachlich blieb, rief er den Arbeitern zu: Sie streben nach der Tarifgemeinschaft, nach dem kollektiven Arbeitsvertrag, Sie wollen aber den einen Faktor bei diesem Vertrag, nämlich den Arbeitgeberverband, ausschalten und damit machen Sie den ganzen Arbeitsvertrag unmöglich. So viel Einfalt schien ihm kaum fassbar. Hätte er nicht im Schlusswort erst den Nachdruck auf diese Beweisführung gelegt, sondern zu einer Zeit, da eine Verantwortung noch möglich war, dann hätten wir ihm etwa erwidert: Wer sagt Ihnen denn, daß der Arbeitgeberverband die unumgängliche Voraussetzung eines kollektiven Arbeitsvertrages ist? Warum kann der Verband der schlesischen Arbeiter Breslau nicht einen Tarif abschließen mit ihrem Arbeitgeber, der Stadt, ohne daß eine Koalition auf der anderen Seite nötig ist? Warum kann daselbst nicht der Transportarbeiter-Verband mit der Direktion der Berliner Straßenbahn tun, die organisierten Bergleute des Waldburger Grubenreviers mit der Fürstlich Pleßschen Grubenverwaltung, 100 Adressenschriftsteller mit der Firma Teufendorf, 2000 Metallarbeiter mit ihren drei durch keinen besonderen Verband koalitierten Unternehmern und so fort? Die Arbeitgeberorganisation kann dem kollektiven Arbeitsvertrag förderlich sein, sie ist aber keine notwendige Vorbedingung der Tarifgemeinschaft. Und heute sind die Arbeitgeber-Ver-

bände im umgekehrten Sinne tätig, heute suchen sie in der weitüberwiegenden Zahl die Gleichberechtigung der Arbeiter abzuschleichen und die Tarifgemeinschaft unmöglich zu machen. Die Stärke der Arbeitgeberverbände bei schwachen Arbeiterorganisationen ist, um so weiter im Felde steht der kollektive Arbeitsvertrag und je schwächer der Arbeitgeberverband bei stärkerer Arbeiterorganisation, um so größer sind vorläufig noch die Aussichten einer Tarifgemeinschaft. Bei annähernd gleichstarken Organisationen aber kommt der Tarif in der Regel erst nach dem Unterliegen eines Teiles im Kampf zur Anerkennung. Selbst im Buchdruckgewerbe wurde die Tarifgemeinschaft nicht von Organisation zu Organisation abgeschlossen, sondern auf Wunsch der Prinzipale unter Ausschaltung derselben von allen — organisierten und nichtorganisierten Unternehmern — mit allen Geistes. Schließen Arbeitgeberverbände Tarifverträge mit den Arbeitern ab, dann nehmen wir die Gelegenheit wahr, ohne einen Augenblick zu vergehen, daß es ein Vertrag mit den Gegnern ist, den wir abschließen; eine unumgängliche Notwendigkeit aber bildet für diesen Abschluß der Arbeitgeberverband nicht. Wer den Gedanken des Tarifvertrages fördern will, kann nicht den der Arbeitgeberkoalition verweigern, kein Arbeiter und kein wahrer Sozialreformer kann ihre Stärkung wünschen. Deshalb bleibt auch das Bemühen des Herrn Dr. Meißner vergeblich — nach dem ersten ernsthaften Zusammenstoß im Textilgewerbe wird auch ihm diese Ueberzeugung kommen.

Um Mißverständnisse bei Nichtbessuchern zu vermeiden, sei betont, daß von beiden streitenden Teilen der Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern als selbstverständlich anerkannt und die Tarifgemeinschaft nur als eine höhere Form der Auseinandersetzung aufgefaßt wurde. Außerdem hoben die Arbeitervertreter hervor, daß die Tarifgemeinschaft nur so lange als erstrebenswertes Ziel gelten kann, als sich im Produktionsprozeß noch Unternehmer und Arbeiter gegenüberstehen, ein Zustand, der von ihnen nicht für ein unabänderlicher gehalten wird.

## Deutscher Reichstag.

29. Sitzung. Mittwoch, 10. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Pasadovskij. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Frohme (Soz.) die Erklärung ab, daß die gestern vom dem Abg. Grober geäußerte Stenogrammdirektion sich auf die Veröffentlichung eines einzigen ungenauen Ausdrucks beschränkt habe, der durch den üblichen Inhalt seiner beiden am gleichen Tage gehaltenen Reden richtig gestellt sei.

Auf eine Anfrage des Abg. Sartorius (Freis. Volksp.) über die Handhabung des Weingehes kündigt Präsident des Reichsgesundheitsamts Professor Abber an, daß auf Anregung der kaiserlichen Regierung eine Kontrolle der Brennweine in Verbindung mit der Erhebung der Branntweinsteuer schon bei der Herstellung vorgenommen werden solle. Sorsalfältige Ueberwachung und strenge Bestrafung aller Fälschungen haben dahin geführt, daß deutsche Weine nur besserer Qualität ins Ausland kommen.

Abg. Dr. Wörwikel (nl.) fordert gesetzliche Maßnahmen der Einzelstaaten zur Unterbindung von Kunst- und Naturkopien.

Abg. v. Wetten (Centr.): Die Wirkung des Fleischbeschaugesetzes ist lediglich sanitär. Deshalb haben meine Freunde dafür gestimmt. Für ein rein agrarisches Gesetz hätten besonders wie Südbaden die gestimmt. Als agrarischer Vorteil des Gesetzes kann man höchstens bezeichnen, daß das ausländische Fleisch nicht mehr besser behandelt wird als das inländische. Aber dieser kleine Vorteil steht in keinem Verhältnis zu den Unannehmlichkeiten, die das Gesetz uns bringt. Die Kosten der Fleischschau müßten vom Staat getragen werden.

Abg. Scheibemann (Soz.): Alle agrarischen Redner, die gegen mich aufgetreten sind, haben nur meine Behauptungen bestritten. Sie alle haben den Schutz der deutschen Landwirtschaft und speziell der Viehzucht in enge Verbindung mit dem Fleischbeschaugesetz gebracht. Das aber war der Kernpunkt meiner Rede. Ich habe nachgewiesen, daß die Quarantäne aus dem ursprünglich rein hygienischen Fleisch-

Unwetter und Unglücksfälle. Aus Lorchhausen wird des Braunschweiger Landeszeitung gemeldet: Seit Mittwoch mittet ein heftiger Schneesturm aus Südwest bei einem Grad Räte. Die Poststraße Braunlage-Varburg ist stellenweise völlig verweht. Zahlreiche Telegraphenbrüche sind abgebrochen. In den Wäldern ist viel Schaden angerichtet.

In Triest herrschte ein heftiger Südweststurm, welcher 50 hohe Wellen über das Meer an: Hafen trieb und dort allen Verkehr hemmte. Der Sturm, durch den auch zahlreiche Schiffe beschädigt wurden, hörte nach Mittag auf.

Eisenbahnraub. Sechs gut gekleidete Individuen, die Dienstag Abend mit dem nach Paris bestimmten Zuge um 7 Uhr 23 Min. von Brüssel abfahren waren, drangen auf der Strecke zwischen Lüttich und Braine-le-Comte mit dem Revolver in der Hand in den Abteil, in welchem sich die Wertribriefe befanden, fesselten den wachhabenden Bedienten und raubten alle Wertribriefe. Die Räuber sprangen dann während der Fahrt aus dem Zuge. Mittwoch früh wurde ein Mann schwer verletzt auf dem Geleis liegend aufgefunden, der sich weigerte, irgend welche Auskunft zu geben.

Die Zahl der in Deutschland lebenden Japaner beläuft sich auf kaum 200 Köpfe. Hieron entfallen auf Berlin, wie das Berliner Tageblatt sagt, etwa sieben Personen, von denen zehn die Familienmitglieder eingerechnet, zur japanischen Gesandtschaft gehören. Von Koronaren leben hier nur sechs Personen, die alle Mitglieder der Gesandtschaft sind. Die Japaner sind ausschließlich Studienhalter in Deutschland. Meistens haben sie in Japan ihre Studien beendet und auch dort schon mehrere Jahre praktisch gearbeitet, bevor ihre Entsendung nach Deutschland geschieht. Die auf deutschen Hochschulen studierenden Japaner widmen sich den verschiedensten Studienzweigen. Besonders bevorzugt sind Medizin und Technik. Die in Berlin wohnenden Japaner haben sich zu dem „Nippon-Klub“ zusammengeschlossen, der einmal im Monat tagt.

Strandung eines Dampfers. Der Flensburger Dampfer „Garald“, Kapitän Petersen, ist 30 Meilen nördlich von Kap Sinesen gestrandet. Von der 10 Mann betragenden Besatzung wurden acht Mann gerettet. Man vermutet, daß das Schiff vollständig verloren ist.

Die billigen Theateraufführungen hat jedenfalls Ja von von dessen Theatern viele noch ganz im alten Stil gehalten werden. Sie sind von 9 Uhr Morgens bis 7 oder 8 Uhr Abends geöffnet und es wird die ganze Zeit über gespielt. Der Eintrittspreis beträgt nur 4 Pfennige nach unferem Gelde; dafür hat man das Recht, den ganzen Tag zu bleiben.

von den Feuerwehren bekämpft wurde, die von weither mit Extrajügen herbeigerufen waren, um den Baltimoreer Kameele zu helfen. Man mußte zur Bekämpfung greifen, um dem gigantischen Feinde die Nahrung zu entziehen. Hunderttausend Pfund Dynamit wurden verwandt, um Häuser und Block, die dem wütenden Feuer zu Uebergehungen hätten dienen können, wegzusprengen. Die Not ist unter der Arbeiterbevölkerung unbeschreiblich groß. Sind doch mindestens 50,000 Menschen brotlos geworden. Aber auch die industriellen und kaufmännischen Unternehmungen Baltimores haben einen harten Schlag durch die Katastrophe erhalten. Vorrat ist bei der weggehenden Korperschaft ein Moxatorium, eine allgemeine Fristverlängerung für die Abwicklung von Geschäftsverbindlichkeiten, Zahlungsregulierungen und Forderungsverpflichtungen beantragt worden. Nach dem neuesten Schätzungen muß der Schaden, den das Feuer angerichtet hat, auf 300 Millionen Dollars berechnet werden. Unter den niedergebrannten Gebäuden befinden sich 10 Rathaus, mehrere Gerichtsgebäude, das Hauptgebäude der Baltimore-Ohio-Bahn, das Postamt, das Western-Union-Telegraphenamt, das Theater in der Holydaystraße und viele Geschäftshäuser. Die anfängliche Meldung, daß acht Feuerwehren ihre Pflicht zum Opfer gefallen sind, bestätigt sich allmählicherweise nicht; nur ein Feuerwehrmann hat sein Leben eingebüßt. Dagegen erlitten etwa 100 Personen Verletzungen. Die gefährlichsten Danlichkeiten waren mit großen Summen versichert. Man befürchtet aber, daß zahlreiche kleinere Versicherungsgeellschaften die Verluste nicht überleben werden. Die Archive des deutschen, britischen und spanischen Konsulats wurden von den Flammen zerstört.

Die Wurmkrankheit ist, nach einer Mitteilung der „Rhein-Westf. Zeitung“ aus Metz, auch in dem dortigen Garnison-Pasarell aufgetreten, wo sie wahrscheinlich durch im Herbst eingetretene Rekruten eingeschleppt ist. Die Wurmkranke müssen nach längerer Beobachtung und Behandlung meistens als dienstunfähig oder dienstunbrauchbar entlassen werden. In der Monatsversammlung der lothringischen Grubenbeamten am 6. d. M. wurde festgestellt, daß mit einer einzigen Ausnahme sämtliche lothringische Gruben von der Wurmkrankheit noch frei wären. Um weitere Einschleppung zu verhindern, wurde beschlossen, bis auf weiteres alle Gruben für fremden Huzug zu sperren, ganz besonders von westfälischen Gruben kommende Bergleute ausnahmslos zurückzuweisen.

Eine 200 Mann starke Räuberbande hatte in Beni Uuf (Dran) Kameele gestohlen. Ungefähr 50 Franzosen verfolgten sie. Gleich bei dem ersten Zusammenstoß wurden 40 Räuber getötet. Die Bande sammelte sich wieder und es entspann sich ein heftiger Kampf, bei dem 9 Franzosen fielen und 9 verwundet wurden. Die Franzosen bestellten trotzdem die Ueberhand und nahmen den Räubern die Kameele ab.

bestaunlich ein Gesetz für die Interessen der Viehzüchter gemacht haben.  
Graß Kanitz hat noch in der sachlichsten Weise, als Gentleman, gekämpft. Abg. Dr. Wollan wagt und unsere annehmbare Schwärze für das Ausland vor und erwählte dabei auch Millere Comptable für ausländische Minister. Aber das Wort über Millere: 'Herrn wir den hätten' ist von ganz anderer Seite gefallen als von der unserigen. (Lärm bei den Vork. Die Minister in der Schweiz.) Auf die haben wir alle Menschen stolz zu sein. Der konstante Abgeordnete Dr. Doelcher glaubte behaupten zu können, alles was er selbst sage, sei wissenschaftlich, alles was ich sage, sei bloß dämlich, aber seine eigene Rede strotzt von idiomatischen Oberflächlichkeiten. So erklärte er erst eine Kontrolle über die Hauschlachtungen für unnötig und dann doch das Fleischbeschaugesetz für unternützlich zu einer wirklichen Kontrolle unserer Nahrungsmittele. Ich habe übrigens schon in meiner ersten Rede erklärt, daß wir durchaus bereit sind, die Kosten der Hauschlachtung auf Staatskosten zu übernehmen. Herr Dr. Doelcher sprach von dem ihm nicht unangenehmen 'wissenschaftlichen Nebenerwerb' des Metzgers, aber diese Nebenwirkungen sind für die (nach rechts) die Vortheile.

Ich gebe zu, daß die Versorgung Deutschlands mit einzelnen Vieh zu unerschwinglich ist. Aber dann dürfen dem Volke nicht die Lebensmittel mangelhaft werden. Schon jetzt ist z. B. in London der durchschnittliche Fleischkonsum dreifach höher, als in Königsberg. Als Herr Doelcher über die Gründe der verminderten Vieheinfuhr von 1902 sprach, habe ich drei Gründe angedeutet: 1. Die Viehpreise sind zu hoch. 2. Die Viehpreise sind zu niedrig. 3. Die Viehpreise sind zu hoch. Ich habe ihn in meiner Oberflächlichkeit nicht erkannt. Meine Nebensätze lasse ich so wenig als Entschuldigung, wie er sie nicht billigt. (Lärm.) Das ist er im Grunde des Chalkovys geboren ist, ist allein doch kein Beweis für Autokratie auf dem Gebiete der Viehzucht. (Weiterer Lärm bei den Soziald.) große andauernde Unruhe rechts. Ich habe die Thesen zu all meinen Behauptungen angegeben, aber als ich den Grafen Reventlow nach denen für seine unglaublichen Behauptungen über den Viehmarkt fragte, hat er geschwiegen. Mein Freund David hat in seinem Buch nachgewiesen, daß Deutschlands Viehstand von 48,8 im Jahre 1875 auf 42,8 im Jahre 1900 pro Quadratkilometer Vögelung gesunken ist. Bei den Hauschlachtungen können die Dienstboten nicht acht geben, weil vom Gericht gezwungen in dem Dienst zurückzubleiben, wenn sie ihn verlassen haben, weil ihnen verdorbene Fleisch vorgelegt werden ist. (Große Unruhe rechts.) Als Jungen für fast alle meine Ausführungen kann ich den Grafen Posaadovsky anführen. Die Kaufleute des Grafen Reventlow, die Schweinezüchter täten am besten, ihre Tiere totzuschlagen und an die Seifenfabriken zu verkaufen, erinnert mich an die schivole, freventliche Kaufleute von Rumben, man solle bei guter Ernte einen Teil des Getreides verkaufen und um die Preise hoch zu halten. (Hört, hört! bei den Sozial.) Das ist das feinste Zeichen unserer ganzen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß man sich über den Ueberfluß der Natur nicht freut, sondern im Hinblick auf den eigenen Geldbeutel als Produzent ärgert. (Große Unruhe rechts.)

Auch gestern ist gegenüber dem Streben nach Ausschließung der ausländischen Konkurrenz die Volksgesundheit vollkommen in den Vordergrund getreten. Einige agrarische Zeitungen haben mit besonderer Vorliebe für das ausländische Fleisch angekündigt. Wir macht es nichts, ob es ein deutsches oder ein ausländisches Schwein ist, die Hauptsache bleibt, daß es gesund ist. Welche Gefahr in der Befreiung von der Hauschlachtung der Kontrolle liegt, beweist eine Mitteilung des Prof. Haubner, wonach im Jahre 1895 in Paderborn durch ein einziges Schwein 337 Erkrankungen und 101 Todesfälle durchgekommene sind.

Abg. Stauffer meint, wir sollten die bayerische Bevölkerung des Südens gegen den Schwund der Rindvieh besorgen. Das wird der Bund der Landwirtschaft schon selbst besorgen! Die kleinen Lämmer werden immer mehr erkaufen, wie wenig ihre Interessen mit denen der Großgrundbesitzer solidarisch sind. Wir wollen die hygienischen Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes aufrechterhalten, verlangen aber die Vesteigerung aller der Maßnahmen, die der Volksgesundheit nur schaden. (Beifall bei den Sozialdemokr.)

Abg. Gothein (fr. Vg.): Mit der Sprengung der Grenzen aus rein hygienischen Gründen sind auch wir einverstanden, weiß aber will man mit dieser Maßregel nur eine Steigerung der Fleischpreise erreichen. Die Kontingenterung der Schweineimporte nach Österreich hat die dortigen Schweinefleischpreise außerordentlich verteuert. Im Jahrbuch der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für 1903 teilt Professor Lehmann-Göttingen mit, daß das deutsche Viehstand die Konkurrenz mit dem amerikanischen Cornedbeef nicht aushalten könne. (Hört, hört! links.) Der Fleischkonsum der ärmeren Bevölkerung hat fast abgenommen. Verbilligen Sie (nach rechts) die Fleischproduktion und schaffen Sie die hohen Einfuhrzölle ab, damit auch die ärmere Bevölkerung an dem Fleischgenuss teilnehmen kann. (Beifall links.)

Abg. Herms (fr. Vg.): In seiner Anfrage hat Herr Carlowitz, der sich zur freiwiligen Volkspartei rechnet, hohe Zölle für frische ausländische Forelle verlangt. Er hat damit nicht die Anschauungen seiner Partei ausgedrückt.  
Abg. Dr. Leonhardt (fr. Vg.): Das Verbot der Einfuhr von Cornedbeef wird zur Folge haben, daß der Schabot sich wieder unter den Marinemannschaften ausbreitet, der früher durch den Gehalt des deutschen Fleisches herbeigeführt wurde. Redner wünscht des weiteren Einführung der fakultativen Feuerbestattung. Heute kann sich der unbemittelte Mann nur begraben lassen. (Weiterer Lärm.) Es müßte jedem möglich sein, nach seiner Façon bestattet zu werden. (Beifall links.)

Abg. Hermann-Sachsen (Soz.) befreit gegenüber den geringen Ausfuhrungen des Grafen Kanitz, daß bei der mechanischen Glasbläsenz die Anordnungsgefahr von Schwindsucht und Syphilis geringere sei. Graf Kanitz meinte auch, er glaube nicht, daß Kinder unter 14 Jahren in Glasbläsen beschäftigt würden; nach den Gewerbeinspektionsberichten aber sind 79 solcher Fälle bei 422 Glasbläsern festgestellt worden. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Maul- und Klauenseuche muß mit aller Energie bekämpft werden. Preußen hat mit diesem Vorgehen guten Erfolg erzielt. Zu weit gehende Maßnahmen von anderen Staaten lassen sich kaum vermeiden. Es ist davon gesprochen, daß vielfach Kunsthonig als Naturhonig verkauft wird. Wir haben noch keine chemische Analyse für Honig, es giebt sehr verschiedene Honigsorten. Sobald eine Analyse möglich sein wird, kann der Verkauf von Kunsthonig als Naturhonig schon nach den heutigen Gesetzen bestraft werden. Zur Aberkung des Fleischbeschaugesetzes liegen noch nicht genügende Erfahrungen vor. Das die Einführung von zubereitetem Fleisch zurückgegangen ist, ist richtig, aber dies braucht nicht unbedingt die Folge des Fleischbeschaugesetzes zu sein; es kann auch mit der Methode in Amerika zusammenhängen. Die Einführung der Feuerbestattung würde, wie ich glaube, großen Widerstand in den Gefilden der Bevölkerung haben. Es ist ja jeder berechtigt zu kritisieren, daß er nach seinem Tode in der heiligen Flamme, wie die Alten glaubten, aufgelöst werde.

Abg. Dr. Lucas (nat.) hält in der Frage der Fleischbeschau der Hauschlachtungen eine richtigerweise Regelung für notwendig.  
Staatssekretär Graf Posadowsky: Meinem Wissen nach durch Polizeiverordnungen Kinder unter 14 Jahren von der Arbeit in Glasbläsen, soweit sie gefährlich ist, ausgeschlossen. Ihre Beschäftigung beschränkt sich vorzugsweise auf Bepflücken. Spinnmächtige Kinder dürfen jedenfalls überhaupt nicht beschäftigt werden.

Abg. Freiherr Döpl zu Gernsheim (nat.) stellt auf die Bezeichnung des Hens durch Kaiserin. Leider habe seiner Zeit Herr Döpl sich dafür ausgesprochen, daß Maxaheim keine Kaiserin in den Rhein abführen dürfe.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das Reichsgesundheitsamt hat nach eingehenden Untersuchungen festgestellt, daß die Gefahr der Ruhr durch Abwasser in den Rhein zu sanitären Bedenken keinen Anlass biete.

Abg. Gne (Soz.): Vor 2 1/2 Jahren trafen in Gelsenkirchen eine große Typhus-Epidemie infolge geraden fröhlicher Bevölkerung des Rheinlandes aus. Das liegt in der Entwässerung nicht gefesselter eigentlich die Schuld daran liegt, jedoch die Gefahr vorwärts,

daß die Entscheidungsaussprüche der durch die Seuche geschädigten Arbeiter und Arbeiter verfahren. Der Oberbürgermeister von Westfalen verfuhr auf dem Provinziallandtag von Westfalen die Wasserwerke einzuweisen. Er ließ selbst im Ausschüsse dieses Werkes. Es trat sich, ob derartige Ausschüsse seitens der Kommunalbeamten angelegt sind. (Sehr ruhig! bei den Sozial.)

Vizepräsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Ritter erwidert, daß die Äkten über diesen Fall bei den verschiedenen Behörden liegen; an diese Äkten sieht die Interessenten zu. (Lärm.)

Abg. Gamp (Ndl.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Gothein, daß die Marineverwaltung minderwertiges Fleisch einlaufe.  
Abg. Singer (Soz.) stellt gegenüber dem Abg. Döpl von Gernsheim fest, daß der Abg. Döpl seine Zeit nur für keine Person und die Stadt Mannheim gesprochen habe. Die Fraktion habe für den Antrag Döpl gegen die Beiratsmitglieder der Flotte durch Gelsenkirchen gestimmt.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Herrn Gamp gegenüber bemerke ich, daß ich gerade gesagt habe, die Marineverwaltung laufe gutes, amerikanisches Cornedbeef.  
Darnach schließt die Debatte.  
Vizepräsident bemerkt Abg. Graf Reventlow (Antis.): Herr Scheidemann hat sich in Bezug auf mich die Neugierde erlaubt: Wenn Sie es ehlich meinen. Außerhalb dieses Hauses würde ich sagen: Das ist eine ungeliebte Handlungsweise.  
Vizepräsident Graf Reventlow: Wegen dieser Neugierde rufe ich Sie zur Ordnung, Herr Abgeordneter Graf Reventlow. (Weiterer Lärm.)  
Abg. Scheidemann (Soz.): Ich will nur bemerken, auferhalb des Hauses würde ich es ablehnen, mit dem Grafen Reventlow zu diskutieren. (Sehr laut! bei den Sozial.)  
Abg. Graf Reventlow (Antis.): Herr Scheidemann erwidere ich, daß ich mir heute keinen weiteren Ordnungsruf zusprechen möchte. (Große Unruhe.)

Das Kapitel Gesundheitsamt wird bewilligt.  
Darauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. (Vorher 1. und 2. Lesung der Reichsschuldenerordnung.)  
Schluß 6 1/2 Uhr.

### Im Abgeordnetenhaus

geht die Staatsberatung nur recht langsam vorwärts. Heute, Mittwoch, wurde der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung noch nicht erledigt. Den ersten Teil der Sitzung nahm die Verprechung eines Antrags der Konfessionen in Anspruch, in welchem von der Regierung noch in dieser Session die Einbringung einer Vorlage verlangt wird, die den Arbeitgeber, der wissenschaftliche Kontraktliche Arbeiter beschäftigt, außerdem die Vermittler konfliktführender Arbeiter und diejenigen, welche die Arbeiter zum Konfliktbruch verleiten, bestrafen sollen. Am Donnerstag wird die zweite Session der Reichstagskammer in der ganzen Sitzung die Nationaldeputierten und das Zentrum wollen mitwirken, und nur die beiden freisinnigen Parteien sind Gegner des ganzen Gedankens.

Die Abg. Goldschmidt und Brömel führten gutaussehend aus, daß die Frage des Kontraktlichen zivilrechtlicher, nicht strafrechtlicher Natur sei, und daß ein Eingreifen der Strafgerichtsbarkeit die Landwehr der Arbeiter noch verfrühen und die Verklärung der heute noch zwischen Landwirtschaft und Industrie bestehenden Gegensätze noch fördern würde. Herr von Boddieski stieß natürlich auch ins agrarische Horn. Er versprach den Kunden, daß er ihrem Wunsch stattzugeben und daß noch in dieser Session eine dem Minister entgegengesetzte Vorlage an das Haus gelangen werde. Der Minister beede viel vom sozialen Frieden und den schönen patriarchalischen Verhältnissen, die auf dem Lande beständen, die so lange als möglich erhalten werden müßten.  
Im weiteren Verlauf der Sitzung unterhielt man sich über den so genannten Ostlohn von 900,000 Mk. und den Westlohn von 650,000 Mk., die zur Förderung der Landwirtschaft in Ost- und Westfalen angeworfen sind. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag des Zentrumsparteibeamteten von Savigny einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen, der die Regierung ersucht, Mittel zur Verfügung zu stellen, die bedürftigen Landgemeinden zum Zweck der Wasser-Verordnung überwiesen werden sollen.  
Schließlich unterhielt man sich über das Hochwasser-Gesetz von 1900, das den Anliegern bei Ueberschwemmungen ganz unverhältnismäßige Kosten für Reparatur der Schäden und Regalierung der Flugspläne auferlegt. Namentlich die Vertreter der Schlesischen durch Hochwasser arg geschädigten Kreise im Glazer und Riefenberge traten für Winderung der den Adjazenten auferlegten Lasten ein. Die Debatte kam nicht zu Ende, sondern wird morgen fortgesetzt.

### Partei-Angelegenheiten.

Schippel in Chemnitz. Am Dienstag Abend sprach Genosse Schippel in Chemnitz in öffentlicher Parteiverammlung über Parteipolitik. Der Vortrag galt einer Rechtfertigung Schippels, die, wie eine Korrespondenz meldet, in der dem Vortrage folgenden Diskussion eine glänzende genannt wurde. Nach derselben Korrespondenz nahm die Versammlung schließlich gegen zwei Stimmen folgende Resolution an:  
Den Parteigenossen des 16. sächsischen Reichstags-Wahlkreises sind die theoretisch-doktrinären Neigungen ihres Abgeordneten Schippel seit langem bekannt und haben sie daran niemanden anstoß genommen, so wenig wie der Statistiker Parteilager 1898 anlässlich des Schippel'schen Referats und die Masse der Parteigenossen anlässlich des Schippel'schen Buches seit 1901 tat.  
Ein Vortragswerk würde gegen den Genossen Schippel dann zu erheben sein, wenn er: Weisheitsbeschlüssen in Volkfragen widerhandelt hätte, oder wenn er in offensiver Weise die einheitliche Aktion der Partei zu durchkreuzen suchte. Davon kann jedoch angesichts der ganzen Haltung Schippels und nach näherer Kenntnisnahme der letzten Vorgänge im dritten Berliner Wahlkreise so wenig die Rede sein, daß eigentlich jedes weitere Wort in dieser Frage für die Öffentlichkeit überflüssig erscheint.

Die Parteigenossen des 16. Wahlkreises wehren sich deshalb mit aller Entschiedenheit dagegen, daß fortgesetzt in der Partei neue Streitfälle künstlich geschaffen werden, die jedes parteigenössliche Zusammenwirken vereiteln und schließlich jede solidarische Partiarbeit überhaupt unmöglich machen müssen.

### lokales und Provinziales.

Breslau, den 11. Februar.  
\* Ein fanatischer Patron ist der Konfessionär Eugen Sittenfels, der sich vor der Breslauer Strafkammer am Mittwoch zu verantworten hatte. Er war seit ca. 14 Jahren bei der Firma C. Breslauer hiesig in Stellung und bezog zuletzt ein Monatsgehalt von 200 Mark. Doch dies reichte dem jungen, alleinlebenden Mann nicht zur Bestreitung seiner noch an Passionen, und seine Schuldenlast häuften sich bedenklich. So trat er bald an einen ihm bekannten Fuhrwerksbesitzer heran und botte ihm in drei Malen 200 Mark ab, für welche er, als der Darlehensgeber eine Sicherheit verlangte, ein Zittenerbuch des Breslauer Spar- und Darlehensvereins gab, wo Sittenfels zwar ein Guthaben, aber auch eine weit größere Schuldenlast hatte. Dieses Buch war für den Fuhrwerksbesitzer als Sicherheit völlig wertlos. Die Seiten in denen die entnommenen Darlehen eingetragen waren, waren von S. sorgfältig zusammengeklebt worden, damit nur das Guthaben zu sehen war. Am Ende d. J. hatte S. eine Reichsschuld an bezahlet, und da er keine Gläubiger fand, wandte er sich an einen in demselben Geschäft tätigen Verlässlichen, der auf sein und seines Vaters eintündliches Jureben, und unter der Vorgabe, S. habe 300 Mark monatlich hinter dem Rücken ihrer Eltern ihr Sparlassenbuch über 500 Mark dem S. in die Hände gab. In 10 Tagen waren 800 Mark dem S. in das Geld gekommen. Doch bis heute macht das arme Paar noch auf ihre Erparnisse. Sie sagte schließlich ihrem

Mannner dem Chef der Firma, wonach S. entlassen und unter Anklage gestellt wurde. Nun stellte sich auch heraus, daß S. dem Klagen einen Revers auf sein Gehalt für zwei Monate als Sicherheit ausgestellt hatte, woraus hervorgeht, daß sein Monatsgehalt bereits mit einem erheblichen Betrage von seinem Schneider angehäufelt war. Wegen dieses dreifachen Betruges erkannte die Strafkammer auf 1 Jahr Gefängnis, 2 Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung.

\* **Welcher Jäger hat keine Plute?** So lautet der Text eines 'Preisräufels', das der hiesige 'Kunstmalerr' Adolf Strunz in der 'Magdeburger General-Anzeiger' und in die 'Sächsische Zeitung' einwirken ließ. Jeder, der eine richtige Lösung und 150 Mark einbrachte, sollte einen 'herlichen Wandschmuck' den Str. gern vertreiben wollte, erhalten und außerdem einen lothbaren Gewinn, bestehend in einem Paradebett, einer schweren eichenen Herren- bzw. Damenuhre, eines Resumes usw., usw. Falls mehr Lösungen eingehen sollten, als Gewinne vorhanden seien, würde das Los unter den Einlegenden entschieden, hieß es in den Instruktionen. Wegen Veranlassung von Glücksspielen ohne Genehmigung hatte sich deshalb Strunz sowie die verantwortlichen Redakteure der Zeitungen, in welchen das Interat erschienen war, vor der Preussischen Strafkammer zu verantworten. Das Geschäft war nicht so gut gegangen, wie es sich Herr Strunz erdramt haben mag, denn es wurden ihm kaum mehr Lösungen eingehandelt, als 2 Gewinne angeschafft hatte, sodaß ihm ein tatsächlicher Schaden von 800 Mark aus seiner verschuldeten Spekulation erwuchs. Die Strafkammer verurteilte Stellung wegen strafbaren Eigennutzes zu 30 Mark und die beiden Redakteure zu je 26 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 150 bzw. je 20 Mark beantragt.

\* **Uebersfahren.** Am 8. d. M., Abends, wurde ein Haushälter auf der Halberstraße durch einen Wagen Uebersfahren und erlitt Kopfverletzungen und Rippenverletzungen. Der Verunglückte wurde dem St. Josephskrankenhaus zugeführt. Der Kutscher war unbekannt weitergefahren, jedoch gelang es später einem Schyrmann, ihn zu ermitteln und seine Personalien festzustellen.  
\* **Vom Treppengeländer herabgestürzt.** Der 8 Jahre alte Knabe Max Richter spielte am 8. d. M. auf dem Treppeneingang im 2. Stock des Hauses Nilsbrandstraße 15 und stürzte auf dem Geländer nachher. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte in den Hausflur, wo er beinahe tödlich liegen blieb. Ein sofort herbeigerufener Arzt stellte innere Verletzungen und einen Schädelbruch fest. Der Knabe wurde in die elterliche Wohnung, Penthonstraße 12/14, geschafft.

\* **Unstülmliches Attentat?** Am 3. Januar, Nachmittags, sind drei fünfjährige Knaben auf der Liebigstraße durch einen jungen Mann unglücklich belästigt worden. Die Mädchen, bzw. deren Angehörige werden ersucht, sich im Zimmer 11 des Polizeipräsidiums zu melden.

\* **Uebersfahren.** Als am 9. d. Mts., Nachmittags, ein Invalide den Wagen der Scheinigerstraße Ueberschritt, wurde er durch einen Wagen ungeschädigt und fiel unter einen vorüberfahrenden Kollwagen. Da er verschiedene Verletzungen erlitten hatte, wurde er dem Allerheiligenhospital eingeliefert.

\* **Unruhiges Pferd.** Am 9. d. Mts., Vormittags, stand ein einpänniger Postwagen auf der Scheinigerstraße kurz vor ohne Aufsicht. Als ein Straßenbahnwagen vorbeifuhr, schante das Pferd und sprang zur Seite, infolge dessen es zu Boden gerissen wurde.

\* **Ein Hausboden in Flammen.** Aus sämtlichen Hohensteiner des Hauses Wallisstraße 13 am 11. Mittwoch, Nachmittags gegen 3 Uhr, so starker Rauch, daß der Ausbruch eines umfangreichen Brandes vermutet werden mußte. Die Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen, daß in den vermaulten Bodenkammern der Inhalt einer Kammer, hauptsächlich aus Stroh mit Holzwole bestehend in Flammen stand. Auch hatten die Flammen mehrere Bodenverschläge und einen Teil der Dachkonstruktion erfaßt. Das Feuer konnte schnell gelöscht werden.

\* **Diebstahl.** Am 9. d. Mts., Abends, wurde auf der Vincenzstraße einem 9 Jahre alten Mädchen durch einen etwa 18 Jahre alten Knaben ein Handkorb entrisen, welcher Zucker, Mehl und Fett enthielt. Der jugendliche Dieb war mit dunklem Jackettanzug bekleidet. — Aus einem Expeditionsbureau auf der Venus Lorenzierstraße wurden mittels Einbruches Briefmarken im Werte von 375 Mk., Versicherungsmarken im Werte von 7,32 Mk. und drei Quittungskarten, lautend auf die Namen Paul Ziel, Ernst Kofe und Konstantin Sieger, gestohlen. — Einer Kaufmannsfrau von der Friedrich-Wilhelmstraße wurden ein goldener Ring mit einem Diamanten, eine goldene Brosche mit einem roten Stein und zwei Wachsperlen, ein Trauring und eine Schmelzbröche gestohlen.

\* **Mit Beischlag beleidigt** wurde eine gelbe Ferkelbede mit rotblauen Streifen, die während des letzten Pferdemarktes gestohlen worden ist. Der Eigentümer meldete sich im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums.

\* **Bestraft** wurde durch die Kriminalpolizei eine weibliche Person, die wiederholt Herren die Portemonnaies mit oft recht bedeutenden Beträgen entwendet hatte.

\* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 9. d. M. 29 Personen eingeliefert. — Gefangen wurden: eine blaue Pflücker, ein Mantelkorb, ein Schlüsselbund, einbeutel mit einem Opernglas, ein Fingerwagen und ein gelber Bonapour. — Abhandeln kamen: ein Ring, gez. J. K. 1. 96., ein Zwanzigmarkschein und ein Portemonnaie mit 350 Mk.

\* **Olozon, 9. Februar.** Ein schweres Unglücksfall ereignete sich Sonntag Mittag. Das fünfsährige Eshuchen Herbert des Barbiers Kretschmer, das wenige Minuten allein in der Wohnung gelassen worden war, stürzte auf einen Stuhl, warf dabei das innere Fenster wie auch das Doppelständer auf und stürzte hinab auf das Trottoir. Ein Arbeiter raffte das arme Wesen auf und trug es in die Wohnung. Der Arzt stellte vorläufig einen Schädelbruch und einen Armbruch sowie innere Verletzungen fest. Das Kind ist schwerlich am Leben zu erhalten.

\* **Gezungen, 10. Februar.** Wieder ein Soldatenfänger. Vor dem Kriegsgericht der 11. Division standen am Sonnabend der Bigwachmeister Robert Kleinmichel und der Unteroffizier Kosubel von der 1. Batterie 2. Oberfließischen Feldartillerie-Regiments Nr. 57 in Neustadt O.S. Die Anklage lautete auf Mißhandlung Untergebener unter Mißbrauch der Waffe und der Dienstaufsicht bei beiden Angeklagten und zwar wurden Kleinmichel 165 Felle zur Last gelegt, die sämtlich in die Jahre 1897 bis 1903 fallen. Der Angeklagte Kleinmichel hat in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter die ihm zur militärischen 'Erziehung' übergebenen Rekruten in gemeiner und brutaler Weise behandelt, sobald nur der allergeingste Anlaß hierzu vorlag. Der Unteroffizier Kosubel hat den Bigwachmeister insofern unterstützt, als er einen der mißhandelten Kanoniere abhalten wollte, Anzeige zu erstatten. Die 'Erziehungsmittel', deren sich der Bigwachmeister bediente, waren durchaus unerlaubt. Größte körperliche Mißhandlungen und Schläge mit dem Säbel waren tagtäglich seine Lieblingsbeschäftigung. Kleinmichel behauptete, nur im dienstlichen Interesse gehandelt zu haben. Kosubel stand ihm allgemein unter dem Druck seines Vorgesetzten, als er einen Kanonier veranlassen wollte, die Meldung wegen Mißhandlung zu unterlassen. Der Gerichtshof verurteilte Kleinmichel zu 1 Jahr Gefängnis, Kosubel kam mit 2 Wochen Haft davon.